

Schnelles Internet für alle

Ziel der Initiative Breitband Icking: Ausbau eines eigenen Glasfasernetzes durch die Gemeinde

VON TANJA LÜHR

Icking – Die im Vorjahr gegründete Initiative Breitband Icking hält an ihrem Ziel fest, dass die Gemeinde ein eigenes Glasfasernetz aufbauen soll, damit alle Bürger schnelles Internet erhalten. Bei einem Treffen im Landhotel Klostermaier stellte Franz Hofmann vom Ingenieurbüro HPE seine Pläne vor.

Hofmann arbeitet für die Gemeinde, die sich aber noch nicht für eine Breitband-Lösung entschieden hat. Zur Auswahl stehen zwei Modelle: der vom Freistaat geförder-

te FTTC-Ausbau und ein von der Gemeinde finanzierter FTTB-Ausbau. FTTC bedeutet fibre to the cabinet (Glasfaser bis zum Verteiler). Die Glasfasern werden dabei nur vom Hauptverteiler, der sich in Icking am Rainer-Maria-Rilke-Gymnasium befindet, bis zu Verteilerkästen gelegt, die in den Ortsteilen aufgestellt werden. Von dort aus verlaufen die herkömmlichen Kupferdrahtleitungen in die Häuser der Internetnutzer. „Kupfer hat aber einen viel höheren Widerstand als Glas. Die Daten werden langsamer übertragen. Je weiter die Ent-

fernung zum Gebäude desto langsamer“, erklärte Franz Hofmann. Er rät deshalb von der vom Freistaat geförderten FTTC-Methode ab. Überdies, so sagt Breitband-Initiativen-Sprecher Dr. Georg Linsinger, ist der Antrag auf Fördermittel „ein Demokratienmonster“, bestehend aus 19 Schritten.

Die Gemeinde Icking hat den Papierkrieg begonnen, sie steht jetzt nach zwei Jahren bei Schritt fünf. FTTB bedeutet fibre to the building, also Glasfaser bis ins Haus. Damit würden Geschwindigkeiten von bis zu 50 Megabit

pro Sekunde erreicht, und das zuverlässig in allen angeschlossenen Haushalten. Für die FTTB-Anbindung ist es laut Hofmann zwar schwieriger, Zuschüsse vom Freistaat

Zuschüsse nur nach Vorleistung

zu bekommen, es ist aber möglich. Die Gemeinde müsste in Vorleistung gehen und die Leerrohre selbst verlegen sowie die Glasfasern einziehen. Das dürfte sie ganz groben Schätzungen Hofmanns zufolge gut vier Millio-

nen Euro kosten. Die Initiative Breitband schlägt vor, ein kommunales Unternehmen zu gründen: Die Gemeinde zahlt den Netzaufbau und vermietet die Infrastruktur dann an einen Betreiber. „Als Eigentümer des Netzes wäre man unabhängig von den großen Telekommunikations-Unternehmen“, nennt Hofmann einen Vorteil des Modells. Der Ingenieur hat bereits Erfahrung damit. So haben zum Beispiel Rudelzhausen im Landkreis Erding und der Markt Arnstorf in Niederbayern den Schritt in die Selbstständigkeit gewagt.

Die Initiative Breitband versucht nun, möglichst viele Bürger für die Sache zu gewinnen. Denn der Haken ist, dass der Provider die Miete, die er an die Gemeinde zahlt, wohl auf die Gebühren umlegen müsste. Ganz ohne Aufpreis ist das schnelle Internet also nicht zu haben. Georg Linsinger hofft, dass der Gemeinderat den Ausbau der Datenautobahn noch vor der Sommerpause beschließt. „Nach dem Startschuss könnte ein Großteil der Gemeinde innerhalb von 18 Monaten angeschlossen sein“, schätzt Franz Hofmann.